



Sparhammer



Seite 3-5

Pinke-Panke muss bleiben



Seite 5

Geschichte



Seite 7

Aus BVV und Ausschüssen

Freie Träger in Geiselhaft

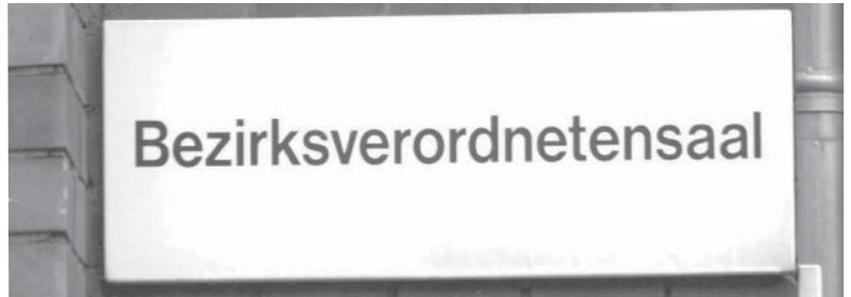


„Die Kuh sei noch nicht vom Eis“ wurde verkündet, nachdem bereits vor Beginn der 20. Tagung der Pankower Bezirksverordnetenversammlung (BVV) ein Aufatmen durch deren Reihen ging.

Die Nachricht, dass die Existenz der freien Träger in der Kinder- und Jugendarbeit, im Bereich Soziales und die Pankower Frauen- und Migrantenprojekte über den Jahreswechsel vorerst gesichert ist, beruhigte alle von der ungewissen Situation der letzten Wochen Betroffene. Diese waren dank einer groß angelegten Protestaktion zahlreich im BVV-Saal vertreten.

Beim Ausatmen und den Detailinformationen aus dem Abgeordnetenhaus wurde manch einem jedoch bewusst, dass die Kraftprobe Land Berlin versus Pankow nun erst in die entscheidenden Runden geht. Um dieses Spiel zu gewinnen, nimmt das Land die freien Träger in Geiselhaft. Bis zur Sommerpause dürfen diese weiter vom Bezirk gefördert werden. Und danach?

Danach sollte der Bezirk doch hoffentlich sparsam geworden sein. So wir denn endlich die zum „Schul-



denabbau“ zu verwendenden Millionen im Pankower Haushalt gefunden haben, würde der Haushalt freigegeben und damit auch die Trägerlandschaft gesichert. Fehlender Sparwille wird Pankow weiterhin unterstellt. Neben den jahrelangen Auseinandersetzungen um den Pankower Bezirkshaushalt, ist leider auch die Debatte um die Zukunft des Eliashofes, einer ehemaligen Grundschule im Helmholtzkiez, nicht neu. Sie hat in den zurückliegenden Jahren wunderbare (Ver)wandlungen erfahren. Diese waren nicht nur in der dort ansässigen Murkelbühne, einem Kinder- und Jugendtheater, zu bewundern, sondern im gesamten Objekt. In den letzten Jahren wurde dieser Ort Heimstatt für diverse Jugend- und Kulturprojekte. Zeitgleich mit deren

beginnender Verwurzelung nahm jedoch auch die Kinderzahl in Prenzlauer Berg rapide zu, so dass wir nun vor der schwierig zu beantwortenden Frage stehen: Woher neue Schulplätze nehmen – vor allem angesichts leerer Kassen und fehlender Räumlichkeiten?

Natürlich liegt es nahe, ehemaligen, zwischenzeitlich anders genutzten Schulgebäuden ihre alte Funktion wieder zu geben. Dieser Vorschlag steht für den Eliashof nun im Raum und soll in den nächsten Wochen in den Ausschüssen auf Herz und Nieren geprüft werden. Dabei bemühen sich alle darum, den derzeit im Eliashof ansässigen Projekten die Heimstatt zu erhalten.

Ines Pohl
Bezirksverordnete

Kinderrechte - Planungsrechte



Nach längeren Bemühungen fand im Rahmen einer außerordentlichen Tagung der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Ende November 2008 auf Antrag der Linksfraktion eine Anhörung zum Thema der Spielleitplanung für Belange von Kindern und Jugendlichen im Gesamtplanungskontext statt.

Hierzu waren Experten des Instituts für Stadtplanung der Technischen Universität Berlin (TU) sowie Vertreter des deutschen Kinderhilfswerkes und des bundesweiten Bündnisses Recht auf Spiel eingeladen.

Konsequente Kinder- und Jugendbeteiligung darf vor stadtplanerischen Gestaltungsprozessen nicht halt machen. Allerdings ist es im Alltagshandeln natürlich schwierig, die Heranwachsenden so ohne Weiteres in komplizierte Planungsprozesse einzubeziehen.

Dafür gibt es das Instrument der Spielleitplanung. Es erfasst alle öf-

fentlichen Freiräume, in denen Heranwachsende sich aufhalten und aktiv werden, bspw. Brachen, Siedlungsränder, Baulücken, Grünanlagen, Straßen, Hauseingänge und Plätze. Auf der Basis der Bestandserhebung und der Ideen der Heranwachsenden wird ein Spielleitplan erstellt. Er enthält eine Vielzahl von Vorschlägen und Ideen für die Umsetzung in der Praxis. Die einzelnen Projekte und Vorhaben werden unter Beteiligung der Heranwachsenden umgesetzt.

Ziel der Anhörung war es, BVV und Fachämter mit diesem Planungsinstrument vertraut zu machen und für die aktive Unterstützung eines Modellprojektes zu gewinnen, das einmalig in Berlin von der TU dem Bezirk Pankow angeboten wurde. Dies ist gelungen.

So konnte in der darauf folgenden BVV-Tagung ein entsprechender Antrag in großer Einmütigkeit be-

schlossen werden. Die Durchführung soll in einem Teilgebiet des Bezirks erfolgen, in dem nach dem Ende der Modellphase voraussichtlich eine Gebietskulisse, zum Beispiel ein Sanierungsgebiet, für die weitere Umsetzung von geplanten Maßnahmen zur Verfügung steht. Dadurch soll eine Verstetigung des Verfahrens und eine weitgehende Umsetzung des erarbeiteten Spielleitplanes ermöglicht werden.

Ist die modellhafte Umsetzung gelungen, kann Spielleitplanung in künftigen Stadtplanungsprozessen regelmäßig angewendet werden. Sollte das erfolgen, wäre dies ein wertvoller Schritt zur Einbeziehung von Kindern und Jugendlichen in die Gestaltung ihrer unmittelbaren Lebensumwelt und eine handfeste Ermutigung zur demokratischen Teilhabe.

Sören Benn
Bezirksverordneter

Das Interview

Haushaltssperre - was nun?

extraDrei sprach mit Christine Keil (DIE LINKE), Stellvertretende Bezirksbürgermeisterin und Bezirksstadträtin für Kinder und Jugend sowie Immobilien:

Der Hauptausschuss des Abgeordnetenhauses hat am 10.12.2008 entschieden, den Bezirk Pankow unter vorläufige Haushaltswirtschaft des Senats zu stellen. Was kommt damit auf die Pankower Bürgerinnen und Bürger zu?

Die vorläufige Haushaltswirtschaft – volkstümlich Haushaltssperre – nimmt dem Bezirk die Spielräume, bedarfsgerechte Angebote zu entwickeln bzw. neu zu installieren.

Für meinen Bereich bedeutet Haushaltssperre zum Beispiel, dass bauliche Unterhaltungsmaßnahmen aus bezirklichen Mitteln nicht ohne weiteres realisiert werden können. Das betrifft unter anderem die Schulen. Nur Maßnahmen der Verkehrssicherungspflicht, gesetzliche Auflagen wie Herstellung der Brandsicherheit und Havariebeseitigung sind möglich.

Die Festlungen der Haushaltswirtschaft gefährden die wenigen Maßnahmen der Kinder- und Jugendberufshilfe. Neue Projekte der Jugendberufshilfe oder der Sozialarbeit für Kinder, Jugendliche und Familien können nicht begonnen werden.

Die Arbeit in den Kinder- und Jugendeinrichtungen sind wegen Mittelkürzungen beschränkt, wenn nicht gefährdet. Zeitweise Schließungen kommunaler Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen ließen sich schon in dem zurückliegenden Jahr nicht vermeiden, da Personaleinsparungen und das Verbot der Außeneinstellung die personelle Absicherung der Öffnungszeiten nicht mehr vollständig ermöglicht haben.

Im Jahr 2009 ist eine Besetzung freier Stellen in den Jugendeinrichtungen nicht mal aus dem Personenüberhang in Berlin ohne Genehmigung möglich.

Die Stellenbesetzungssperre – alle

freien und freiwerdenden Stellen sind gesperrt – hat verheerende Auswirkungen. Meine Verwaltung hat schon lange keine Reserven mehr. Überlastungen wurden von den Mitarbeitern angezeigt, der Krankenstand ist hoch.

Lange Bearbeitungszeiten in der Kitagutscheinstelle oder Elterngeldstelle zum Beispiel führen zu Unzufriedenheit und Beschwerden bei den Eltern und damit wieder zur weiteren Belastung bei zu wenigen MitarbeiterInnen. Die



Wartezeiten auf Termine und Beratungsangebote der Jugendhilfe steigen auch in anderen Bereichen des Jugendamtes. So schön die Attraktivität von Pankow und der Bevölkerungszuwachs für den Bezirk sind, die Verwaltung kann die damit verbundene Fallzunahme schwer abdecken.

Im Jugendhilfeausschuss wurde die aktuelle Haushaltssituation treffend mit Insolvenzverwaltung beschrieben.

Der Erhalt der ursprünglich bedrohten 64 sozialen Projekte im Bezirk ist erst einmal gesichert. Was muss für ihren langfristigen Erhalt im Interesse unserer sozio-kulturellen Infrastruktur getan werden?

Im Dezember 2008 haben die Projekte und Jugendeinrichtungen der freien Träger bunt und en-

gagiert auf ihre Lage aufmerksam gemacht. Die Finanzierung ist für das erste Halbjahr gesichert. Im Mai will ich die Zuwendungsbescheide für das zweite Halbjahr vorbereiten, kann aber nicht davon sprechen, dass die Probleme vom Tisch sind.

Bis zum Sommer werden gleichzeitig die Weichen für die Jahre 2010/2011 gestellt. Wenn es bis dahin auf der Landesebene kein Umdenken bei der Festlegung der Haushaltszuweisungen für die Bezirke beim Ausgleich für die Mehrausgaben (rund 4 Mio. Euro) bei den Jugendhilfeleistungen (Hilfen zur Erziehung) und zu den Altschulden gibt, ist kein Haushalt aufstellbar oder aber nur mit heftigen Einschnitten in die so genannten „freiwilligen“ Leistungen, wozu auch die sozio-kulturelle Infrastruktur gehört. Die Bezirke müssen für ihre kommunalen Aufgaben auch die entsprechenden Haushaltszuweisungen erhalten.

Die Pankower Bezirkspolitiker haben ein 19-Punkte-Sparprogramm zum Abbau der Schulden beschlossen. Welche Konsequenzen ergeben sich daraus für Deine Verantwortungsbeiräte?

Mein Geschäftsbereich hat unter anderem darzustellen, unter welchen Voraussetzungen kommunale Jugendfreizeiteinrichtungen an freie Träger übertragen werden können, um die unter der ersten Frage dargestellten Probleme zu lösen und gleichzeitig durch bessere Auslastung, die Kosten zu senken. Das scheitert aber an den Finanzierungsproblemen.

Ende 2009 wird das Jugendamt den wichtigen Büro- und Beratungsstandort in der Danziger Straße 81 aufgeben und mit den MitarbeiterInnen in die Fröbelstraße 17 in Prenzlauer Berg und in das ehemalige Rathaus Weißensee ziehen. Dadurch werden erhebliche Mietkosten gespart.

Interview:
Renate Tepper

Pankow in Finanznöten

Vorläufige Haushaltswirtschaft



Seit Beginn dieses Jahres steht der Bezirk Pankow unter der vorläufigen Haushaltswirtschaft. Es gab schon in den vergangenen Jahren auf Bezirks- und Landesebene immer wieder Debatten über die schwierige finanzielle Situation von Pankow, die sich auch aus unverschuldeten Altschulden ergab. Ein im Jahre 2006 zwischen dem damaligen Bürgermeister Burkhardt Kleinert (PDS), Stadtrat Matthias Köhne (SPD) und Finanzsenator Sarrazin (SPD) unter Moderation der beiden Fraktionsvorsitzenden von SPD und PDS im Berliner Abgeordnetenhaus verabredeter Konsolidierungsplan brachte ebenso wenig eine Lösung wie ein erneuter Aufschub bis Mitte Mai 2009.

Entsprechend der Landeshaushaltsordnung, dem gültigen Regelwerk, ergab sich daraus, wie bei anderen Bezirken in der Vergangenheit auch schon, die Konsequenz der vorläufigen Haus-

haltswirtschaft.

Für die Linksfraktion im Abgeordnetenhaus stellte sich unter diesen Bedingungen die Frage nach der Ausgestaltung und wir haben uns in erster Linie für den Erhalt und die weitere Förderung der freien Träger eingesetzt. Das gilt auch für Honorarmittel im bisherigen Umfang zum Beispiel bei den Musikschulen. Dies ist uns gelungen. Die freien Träger aus der vorläufigen Haushaltswirtschaft auszunehmen, war ein wichtiger Schritt.

Das Problem der personellen und bezirklichen Ausstattung ist kein neues. Schon während der Koalitionsverhandlungen im Jahr 2006 hat DIE LINKE das Thema aufgerufen. Auch ein Parteitag im letzten Jahr beschäftigte sich damit. Der dort beschlossene Antrag „Starke Bezirke für ein starkes Berlin“ zeigt Rahmenbedingungen für eine auskömmliche bezirkliche Ausstattung auf, die neben einem

transparenten Zuweisungssystem auch eine Definition von Standards für kommunale Aufgaben fordert. Denn wir brauchen nicht nur eine Lösung für die Probleme von Pankow, wir brauchen ein neues, transparentes Zuweisungssystem für alle Berliner Bezirke. Dies ist allerdings bisher nur ein Beschluss von einem der beiden Koalitionspartner und konnte noch nicht im bereits beschlossenen und laufenden Haushalt 2009 umgesetzt werden. Die Verhandlungen mit der SPD zum kommenden Doppelhaushalt beginnen jetzt. Gemeinsam müssen linke Landes- und Bezirkspolitiker dafür kämpfen, dass die Bezirke in die Lage versetzt werden, ihre Aufgaben zur Zufriedenheit der Bewohnerinnen und Bewohner zu erledigen, um so zu einer guten Lebensqualität und einem sozialen Ausgleich beizutragen.

Elke Breitenbach
Mitglied des Abgeordnetenhauses

Gemeinsam eintreten

Unter dem Motto „Wir stellen uns quer. Hände weg von den Kinder-, Jugend- und Sozialeinrichtungen“ demonstrierten am 10. Dezember 2008 die von der Schließung bedrohten sozialen Einrichtungen ihren Unmut über die geplanten Kürzungen. Ca. 1.000 Menschen zogen durch Pankow zur Bezirksverordnetenversammlung (BVV). Dort hatte man ihnen Rederecht eingeräumt, das die Jugendlichen gut und gerne nutzten. Sie schilderten eindrucksvoll, was ihnen im Falle der Kürzungen genommen werden würde: die Erfahrung gemeinsamer Freizeitgestaltung, die Weiterentwicklung ihrer Fähigkeiten, Erwachsene als Ansprechpartner und nicht zuletzt die Motivierung und Unterstützung, sich in Schule und Beruf zu qualifizieren. Allein im Dezember sammelten die Jugendlichen 18.099 Unterschriften für den Erhalt ihrer Einrichtungen. Leider wurde von der parlamentarischen Seite versäumt, den Jugendlichen nötigen

Respekt zu zollen und auf sie einzugehen. Allein die Rede vom „Hut ab vor der Mobilisierungsfähigkeit der freien Träger“ machte die Runde, bevor sich Grüne, SPD und CDU ob der desolaten Finanzlage in Pankow in Schuldzuweisungen verstiegen. Hiernach fokussierte Sören Benn, Bezirksvorsitzender der LINKEN und Sprecher des Kinder- und Jugendhilfeausschuss der BVV seine Ansprache auf die Aktionsfähigkeit und Solidarität unter den freien Trägern, „die das Parlament nicht geleistet hat“. Und so betonte er auch in Richtung der anderen Parteien: „Wenn alle für einander eintreten, dann ist es möglich, einen Abbau zu stoppen!“. Selbst der Versuch von Philipp Lengsfeld (CDU) Sören Benn als Schwätzer hinzustellen, der gegen die Landes-LINKE spreche, wurde von diesem souverän zurückgewiesen: „Dass es Sie wundert, dafür kann ich nichts. Ich meine es Ernst.“ Das Publikum goutierte seine klare Haltung mit ei-



nem kräftigem Beifall. Tatsächlich gelang es der LINKEN die Spannung zwischen Land und Bezirk produktiv zu wenden. Im ersten Schritt wurden die sozialen Einrichtungen aus dem Sparprogramm herausgenommen. Zur Wiedervorlage in einem halben Jahr wird aber die gesamte Kraft wieder benötigt. Dann steht Sören Benn bei den Einrichtungen erneut im Wort: „Wir sind die Verbündeten und bleiben es“.

Lena Tietgen

Pankow in Finanznöten

Haushaltsnotstand

Seit dem 1. Januar 2009 steht der Bezirk Pankow auf Beschluss des Hauptausschusses des Abgeordnetenhauses unter „vorläufiger Haushaltswirtschaft“. Das heißt, es dürfen nur noch Ausgaben getätigt werden, die unabdingbar notwendig und unaufschiebbar sind und der Erhaltung bestehender Einrichtungen, der Erfüllung gesetzlicher Aufgaben sowie rechtlicher Verpflichtungen und der Aufrechterhaltung einer ordnungsgemäßen Verwaltung dienen. Das gilt für alle Bereiche der Bezirksverwaltung, trifft aber vor allem die Leistungen für die Bürger in den Bereichen Kinder- und Jugendförderung, Kultur, Soziales und Sport. Baugenehmigungen werden weiter erteilt, Personalausweise und Wohnberechtigungsscheine weiter ausgegeben, Straßen gebaut, Hundehalter und Falschparker zur Ordnung gerufen. Dagegen sind Bibliotheks- und Musikschulangebote, Kultur- und Jugendfreizeiteinrichtungen, Seniorentreffs zum Abschluss freigegeben.

Weil der Bezirk der Auffassung ist, dass der Sozial-, Kultur- und Bildungsabbau der letzten Jahre nicht weitergehen und dieses niedrige Niveau nicht mehr unterschritten werden darf, erklärt das Abgeordnetenhaus Pankow für sparunwillig

und verhängt Sanktionen, damit sich der Bezirk eines Besseren besinne und weitere sechs Millionen Euro in seinem Haushalt streiche, also diesen Abbau verschärft fortführt.

Auf Grund des medienwirksamen Protestes der Kinder- und Jugendeinrichtungen können die Zuwendungen für die freien Träger nun wenigstens für die ersten sechs Monate des Jahres 2009 in der Höhe von 2008 fortgeführt werden, sofern sie der Sicherung bestehender Angebote dienen. Dies gilt auch für Honorarmittel zur Sicherung des Unterrichtsbetriebes von Volkshochschule und Musikschule.

Inwieweit diese Ausnahmeregelungen bei Zuwendungen und Projektförderung auf andere Bereiche übertragen werden dürfen, ist ungewiss. So steht zum Beispiel die Fortführung des Kulturhauses „Brotfabrik“ in Frage, die Veranstaltungen im „Theater unterm Dach“ sind ebenso ungesichert wie die Ausstellungen des Bezirksmuseums oder der Galerien. Es interessiert nicht, dass damit die Ausgaben für Personal und Immobilien blieben, aber die Angebote für die Bürgern wegfielen. So sank zudem die Finanzzuweisung für den Bezirk wegen fehlender „Produkte“ in den Folgejahren noch weiter. Es wird dabei nicht

mehr behauptet, dass Pankow eine „Überausstattung“ mit sozialen und kulturellen Einrichtungen hätte, sondern der Finanzsenator und die Haushälter der Regierungsmehrheit im Parlament sagen, dass, wer so viele Schulden habe, sich selbst den Durchschnitt auf niedrigem Niveau nicht leisten könne.

Aber Pankow hat keine Schulden beim Land Berlin. Diese Defizite sind die Folge von nicht erstatteten Sozialleistungen, die Pankow ausbezahlt hat.

Diese als „Schulden“ bezeichnete Unterfinanzierung dient als Druckmittel zur Durchsetzung eines Raubbaus an der sozialen und kulturellen Infrastruktur in den Bezirken.

Der Beschluss des Hauptausschusses bedeutet die Fortführung dieses Sozial- und Kulturabbaus mittels eines unsozialen Finanzzuweisungssystems. DIE LINKE in Pankow wird die soziale und kulturelle Infrastruktur verteidigen und nicht auf die Opfertische dieser neoliberalen Politik legen. Politisch misslich ist dabei, dass diese von der rot-roten Regierungsmehrheit in Berlin also auch der LINKEN mit zu verantworten ist.

Michail Nelken

Stadtrat für Kultur und Bildung, Stadtentwicklung und Wirtschaft



Kinderbauernhof in Gefahr

Schon seit Mai 1991 gibt es den Kinderbauernhof Pinke-Panke. Auf dem ehemaligen Mauerstreifen zwischen Pankow und Wedding ist seit dieser Zeit eine Oase für Kinder, Erwachsene und Tiere entstanden. Landleben in der Großstadt, Tiere zum Anfassen, Bauen, Spielen und eine qualifizierte pädagogische Betreuung für Schulkinder zwischen 7 und 14 Jahren zogen und ziehen jährlich tausende junge und ältere Menschen an.

Obwohl das vielfältige Angebot für Kinder und Familien inzwischen unverzichtbar geworden ist, muss der Kinderbauernhof gegenwärtig um seine Existenz fürchten. Der Grund: Die öffentlichen Zuwendungen für

2009 wurden vom Bezirk aufgrund der Sparauflagen des Senats nur für sechs Monate erteilt. Annett Rose, Leiterin des Projektes, forderte Bezirksbürgermeister Köhne (SPD) in einem offenen Brief deswegen auf, den Projekten der freien Trägern in Pankow wieder Planungssicherheit zu geben und gegenüber dem Finanzsenator Rückgrat zu beweisen. In dem Brief heißt es: „Ich will und kann es nicht hinnehmen, dass durch fehlenden Respekt und mangelnden Mut in der Politik die Arbeit der freien Träger in Pankow, die aufgebauten Einrichtungen immer wieder vor dem Ende stehen... Von den Angeboten wie dem Kinderbauernhof profitiert der Bezirk mehr, als er in-



Kinderbauernhof

vestiert.“ 19.000 Menschen, die eine Protestresolution gegen die Kürzung bei sozialen Projekten unterschrieben haben, sehen das genauso. Eine echte Horrorvision, wenn ab Juli 2009 die Kinder vor verschlossener Tür am Bauernhof stehen, die schönen Lehmgebäude dort verfallen und die Tiere beim Schlachter enden.

Andreas Bossmann

Bundestagswahlen / Europawahlen

Direktkandidat nominiert



Am 10. Januar nominierte DIE LINKE in Pankow den stellvertretenden Vorsitzenden der Linksfraktion im Berliner Abgeordnetenhaus als Bewerber für das Direktmandat für den Deutschen Bundestag im Wahlkreis 077 in Pankow:

Stefan, Du kandidierst für Pankow für den Bundestag. Was willst Du im Bundestag anders machen als die anderen Pankower Bundestagskandidaten?

Ich werde versuchen, die Interessen der Bürgerinnen und Bürger unseres Bezirks und die der Wählerinnen und Wähler der Linken insgesamt im Bundestag zu verbinden. Unsere Fraktion wird im Bundestag dafür kämpfen, die Fehler der Regierungen Kohl, Schröder und Merkel zu korrigieren. Das können die anderen Kandidaten nicht, da deren Parteien in den letzten 18 Jahren die Verantwortung hierfür getragen haben. Wir von der LINKEN und ich selbst ringen um mehr Solidarität, mehr Gerechtigkeit und mehr Freiheit in unserem Land.

Wolfgang Thierse (SPD) hat seit 2002 in Pankow immer das Direktmandat geholt? Warum sollte man Dich statt ihn wählen?

Wolfgang Thierse hat für Auslandseinsätze der Bundeswehr, für die Hartz-Gesetze, für 10-Euro-Praxisgebühr, für die Rente mit 67 gestimmt und hat auch kürzlich zu Schäubles BKA-Gesetz, anders als etliche sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete, nicht „Nein“ gesagt. Er hält den Berliner Ethikunterricht für eine Neuauflage von Staatsbürgerkunde aus der DDR. Und in Pankow hat er sich als Bundestagsabgeordneter vor allem um den Lärm vor seinem Fenster gekümmert. Stichwort Kollwitzplatzmarkt. Ich denke, dass es viele Pankowerinnen und Pankower gibt, die dies - wie ich - falsch finden und sich daher auch eine entsprechende Alternative zur Vertretung ihrer Interessen wünschen.

Im übrigen: Wolfgang Thierse ist seit dem 3. Oktober 1990 Bundestagsabgeordneter und durfte kürzlich seinen 65. Geburtstag feiern. Gönnen wir ihm seinen Ruhestand.

Und was gefällt Dir an Pankow?

Ich habe seit meiner letzten Kandidatur für den Bundestag im Jahr 2005 den Bezirk noch besser kennen gelernt. Ich hatte ja hier – im

Bötzowviertel – meine erste eigene Wohnung, lebte lange in der Oderberger Straße und bin jetzt nach Pankow zurückgekehrt. Ich mag den Prenzlauer Berg mit der Kastanienallee, wo ich seit Jahren Kunde beim Friseur Vokuhila bin, dem Kollwitzplatz, auf dem wir seit vielen Jahren zum Kindertag die Fete bei Käthe feiern, mit der Kulturbrauerei, auf deren Höfen im letzten Jahr das erste bundesweite Fest unserer Partei stattfand. In der Brotfabrik in Weißensee habe ich bei „Brot, Pop und Politik“ viele interessante Menschen kennen lernen dürfen und im Frei-Zeit. Haus in der Pistoriusstraße ebenso. Mir war und ist die Arbeit der Bibliothek in Buch ebenso wichtig wie die Lebensmittelausgabe von Laib und Seele in Karow. Im Rathaus Pankow konnte ich mich zusammen mit Vertretern anderer Parteien für Demokratie und Toleranz und gegen Naziaufmärsche in Heinersdorf einsetzen. Und weil es mir hier so gefällt, wohne ich seit einem Jahr mit meiner Frau Kerstin in einer schönen Wohnung in der Nähe der Schönholzer Heide in Wilhelmsruh.

Interview: Gabi Kuttner

Linke muss proeuropäisch sein



Wenn diese Zeilen erscheinen, wird der Leitantrag des Parteivorstandes für den Europaparteitag am 28. Februar/1. März vorliegen. Ich gehe davon aus, dass der Leitantrag deutlich anders aussieht als der bislang bekannte und diskutierte Entwurf für das Europawahlprogramm der Partei DIE LINKE.

Dieser war heftig umstritten und Gegenstand vieler Zuschriften von der Basis. Dass Europa in unserer Partei diskutiert wird, ist ein guter Zustand. Denn die Debatte um unser Verhältnis zu Europa ist eine grundsätzliche und strategische Frage.

Ist unser Handlungsrahmen auch Europa oder sollten wir uns auf die Stärkung des Nationalstaates und die Vergrößerung seiner Handlungsspielräume in Europa

konzentrieren, war eine wichtige Frage in der Diskussion.

Aus meiner Sicht muss die LINKEN mit dem historischen Fakt der Europäischen Union umgehen lernen.

Es muss Aufgabe der LINKEN sein, die EU zu demokratisieren und ihre Strukturen zu verändern. Das geht aber nicht mit einer Konzentration auf den Nationalstaat, sondern nur wenn sich die europäischen Gewerkschaften, sozialen Bewegungen und linken Parteien zusammentun und aktiv werden.

Wer einer Stärkung der Nationalstaaten das Wort redet, auch wenn es dabei um die Vergrößerung ihrer Einflussmöglichkeiten in der Europäischen Union geht, der vernachlässigt, dass gerade dies eine Möglichkeit der Nationalstaaten ist,

sich mit der eigenen Politik hinter Europa zu verstecken.

Europa leben, heißt sich eben auch aus dem eigenen Kosmos Deutschland hinaus zu bewegen. Europa leben, heißt den intensiven Gedankenaustausch mit anderen linken Kräften zu pflegen und voneinander zu lernen. Dies sollte auch das Kriterium sein, wenn wir unsere Liste mit den Kandidatinnen und Kandidaten zum Europäischen Parlament aufstellen. Mit diesem Gestus sollten wir in die Europawahlen gehen und auf zugespitzte Streits in Detailfragen verzichten. Kritik am Zustand der EU verbunden mit einer klar pro-europäischen Haltung sollte das Markenzeichen der LINKEN im Wahlkampf sein.

Halina Wawzyniak

Stellvertretende Parteivorsitzende

Erinnerung an Felix Halle

Auf dem jüdischen Friedhof in Weißensee liegen im Grabfeld T1 die Gräber mit vier Grabsteinen der Eltern und Großeltern von Felix Halle. Als „einziger Sohn“ wird Felix Halle auf dem Grabstein seines Vaters erwähnt.

Felix Halle stammte aus einem bürgerlichen Elternhaus und wurde 1884 in Berlin geboren. Sein Vater verstarb, als Felix 7 Jahre alt war. Felix Halle wurde 1912 Mitglied der SPD, später der USPD und trat von dort zur KPD über. Er war Rechtsberater der KPD und der Roten Hilfe und wirkte an der Verteidigung von Max Hoelz mit. Von der KPD wurde er als „Professor“ an den Staatsgerichtshof entsandt. Bekannt wurde er durch Schriften gegen die politische Strafjustiz in der Zeit der Weimarer Republik, darunter die bekannte Schrift aus dem Jahre 1924: „Wie verteidigt sich der Proletarier vor Polizei, Staatsanwaltschaft und Gericht?“. Er setzte sich ein für eine Reform des deutschen Strafrechts, insbesondere des Sexualstrafrechts. Es ist wenig bekannt über die frühen Jahre von Felix Halle. Woher kam sein Engagement vor allem

für von der Justiz benachteiligte Menschen? Seine jüdische Herkunft und die Benachteiligung von Menschen durch den Antisemitismus im deutschen Kaiserreich und der erste Weltkrieg werden ihn entscheidend geprägt haben.

Auf dem Grabstein seiner am 21. Februar 1916 verstorbenen Mutter finden wir einen Hinweis. Es handelt sich dabei um ein Zitat aus dem Buch Micha des Alten Testaments bzw. des hebräischen Nevi'im, welches auffordert, „Recht zu tun und in Güte zu lieben“.

Ein weiteres Zitat aus dem Buch Micha finden wir in der Preisarbeit von Felix Halle für das Preisanschreiben der jüdischen Organisation B'nai B'rith des Jahres 1917 „Friedenspflichten der Nationen“. Diese Preisarbeit wurde 1919 unter dem Titel „Neue Weltpolitik Gerechtigkeit, Menschenliebe und Duldsamkeit als Richtlinien der Staaten“ veröffentlicht. Aus ihr ist das Zitat bekannt „Schwerter zu Pflugscharen“.

Felix Halle emigrierte 1933 in die Sowjetunion. Nachdem er in Frankreich die Vorbereitung der Verteidigung Ernst Thälmanns abgeschlos-



Grabstelle der Familie Halle

sen hatte und in die Sowjetunion zurückkehrte, wurde er verhaftet und unter falschen Anschuldigungen zum Tode verurteilt. Am 3. November 1937 wurde Felix Halle in Butowo bei Moskau erschossen. Es existiert in Berlin, der Geburtsstadt von Felix Halle, kein Ort des Gedenken oder der Erinnerung an ihn. Auch für Felix Halle und die vielen anderen deutschen Linken und Sozialisten, die in der Sowjetunion falschen Anschuldigungen zum Opfer fielen, gilt: „Die Toten mahnen uns.“

Stefan Erzberger
Ortsverband Wilhelmsruh

Ehrung für Kuczinsky

Der 10. Todestag von Jürgen Kuczinsky (JK) war Anlass für Bürgerinnen und Bürger, die die jüngere deutsche Nachkriegsgeschichte nicht auf die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland beschränken, über eine Ehrung von JK als Gelehrter und nicht zuletzt für seinen aktiven Beitrag auf der Seite der Alliierten beim Kampf gegen das faschistische Deutschland nachzudenken. Herausgekommen ist dabei eine Antragsinitiative in Richtung Bezirk Pankow mit dem Ziel, einen Platz oder eine Straße in der Nähe seines langjährigen Wohnorts Weißensee (Parkstraße) nach ihm zu benennen.

Ich schrieb einen Brief an das Bezirksamt Pankow. Dieses befasste den Kulturausschuss der Bezirksverordnetenversammlung mit dem

Vorgang. Bei der ersten Ausschusssitzung im Frühjahr 2008 zur Thematik wurden speziell seitens der CDU- und Grünen-Vertreter nicht ganz überraschend Bedenken inhaltlicher und verfahrenstechnischer Art geäußert. Der Museumsleiter, Herr Roder, wurde beauftragt, eine inhaltliche Stellungnahme und Recherche zu JK zu erstellen. Nach der Vorlage der meines Erachtens ausgewogenen und fairen Stellungnahme zur Person von JK, seinem Leben und seinen Leistungen, wurde der Vorgang erneut im Kulturausschuss aufgerufen.

Die Bedenken von der CDU und den Grünen hatten zugenommen. Dazu wurde unter anderem Beistand aus der „Birthler-Behörde“ bemüht. Unter Beachtung aller Aspekte beschloss der Ausschuss letztendlich



Pistoriusstraße

mehrheitlich eine Unterstützung der Initiative, einen Platz oder eine Straße in Weißensee nach Jürgen Kuczinsky zu benennen. Der Vorgang zeigt mir, dass es vielleicht endlich möglich wird, sachlich über Leistungen von Persönlichkeiten aus der DDR zu urteilen.

Günter Bärwolff

Das Letzte

Money, Money, Money

„Ich arbeite jede Nacht, ich arbeite jeden Tag, ...und immer noch scheint kein einziger Penny für mich übrig zu bleiben“, sangen ABBA bereits vor über 30 Jahren.

Geld oder besser kein Geld sind auch heute noch Worte, vor denen es Familien, Firmen, neuerdings ebenso Banken und auch dem Bezirk Pankow graut. Beim Abbau von Personal und Verminderung von Sach- und Sozialleistungen ist unser Stadtteil immer vorne mit dabei.

Nun gilt für die nächste Zeit erneut Haushaltssperre. Bereits vor Monaten war dies spürbar: Büchereien sind aus der staatlichen Pflicht entlassen oder gar geschlossen worden und Kultureinrichtungen wurden die Zuschüsse gestrichen.

Gut, wofür brauchen wir Bibliotheken, im Internet gibt's auch eine ganze Menge zu lesen. Für Kultur haben wir arte und die 2009 wieder steigenden Rundfunkgebühren kosten ja nur unser privates Money. Aber es soll noch Leute geben, die mit Bibliotheken etwas anfangen können und Pankow hat sicher auch

ansprechende Kultur, die es nicht bei arte zu sehen gibt.

Aber für das erste Halbjahr 2009 ist für Freizeiteinrichtungen in privater



Trägerschaft der bittere Kelch der fehlenden Finanzierung vorübergegangen. Woher sie im zweiten Halbjahr ihre Peanunse bekommen, bleibt offen. Als Begründung wurden dem

Bezirk Pankow Millionen an Schulden angerechnet, dessen Ausgleich, nach Forderung des Abgeordnetenhauses, der Bezirk zu erwirtschaften hat. Solche Entscheidungen des Senats nennt man parlamentarische Demokratie und Demokratie nennt man es wohl auch, wenn die Bezirksverordnetenversammlung sogar noch zustimmen darf. Aber jetzt ist auch Faschingszeit, vielleicht sollte sich die BVV selbst auflösen und geschlossen in den Elferrat wechseln. Hier gibt's zwar auch nicht wirklich was zu entscheiden, aber dafür ist es lustiger.

Oder wir schicken unsere Abgeordneten einfach mit Spendenbüchsen (vielleicht sogar mit neuem Stadtbezirkswappen) und Udo Lindbergs Sonderzug durch Pankow. Natürlich singend „Money, Money, Money.“ Ich bin sicher, viele Pankower würden den einen oder anderen Euro für unseren Kiez zur Verfügung stellen. Es stellt sich allerdings die Frage, ob dies eine erlaubte Nebentätigkeit der Abgeordneten wäre.

Klaus Flemming

WANNWOWASWANNWOWASWANN

- | | | |
|--|--|--|
| 26. Januar 18 Uhr
Fraktionssitzung der Linksfraktion in der BVV im Fraktionszimmer, Bezirksamt Fröbelstraße 17, Haus 7, Raum 109 | 26. Januar 20 Uhr
Sitzung des Bezirksvorstandes, Geschäftsstelle DIE LINKE Pankow, Kopenhagener Straße 76, Nähe S & U Schönhauser Allee | 26. Januar 20 Uhr
Sitzung des Bezirksvorstandes, Geschäftsstelle DIE LINKE Pankow, Kopenhagener Straße 76, Nähe S & U Schönhauser Allee |
| 27. Januar 18 Uhr
Lichterkerze vor dem Jüdischen Waisenhaus, Berliner Straße, Nähe S Pankow, Gedenkveranstaltung aus Anlass des Jahrestages der Befreiung des KZ Auschwitz | 23. Februar 18 Uhr
Fraktionssitzung der Linksfraktion in der BVV im Fraktionszimmer, Bezirksamt Fröbelstraße 17, Haus 7, Raum 109 | 16. März 18 Uhr
Fraktionssitzung der Linksfraktion in der BVV im Fraktionszimmer, Bezirksamt Fröbelstraße 17, Haus 7, Raum 109 |
| 09. Februar 18 Uhr
Fraktionssitzung der Linksfraktion in der BVV im Fraktionszimmer, Bezirksamt Fröbelstraße 17, Haus 7, Raum 109 | 25. Februar 18.30 Uhr
Sitzung des Bezirksvorstandes, Geschäftsstelle DIE LINKE Pankow, Kopenhagener Straße 76, Nähe S & U Schönhauser Allee | 23. März 18 Uhr
Fraktionssitzung der Linksfraktion in der BVV im Fraktionszimmer, Bezirksamt Fröbelstraße 17, Haus 7, Raum 109 |
| 12. Februar 18 Uhr
Wiedereröffnung des Clubs „Der Alte“ am S Buch durch Bezirksstadträtin Christine Keil | 28. Februar / 1. März
Europa-Parteitag der LINKEN in Essen, Nordrhein-Westfalen | 25. März 19:30 Uhr
Sitzung des Bezirksvorstandes, Geschäftsstelle DIE LINKE Pankow, Kopenhagener Straße 76, Nähe S & U Schönhauser Allee |
| 16. Februar 18 Uhr
Basistag der LINKEN in Pankow, Thema: „Für eine Demokratisierung der EU – für eine friedliche Innen- und Außenpolitik“, Referent: Dominic Heilig, Mitarbeiter bei MdB Jan Korte, Geschäftsstelle DIE LINKE Pankow, Kopenhagener Straße 76, Nähe S & U Schönhauser Allee | 02. März 18 Uhr
Fraktionssitzung der Linksfraktion in der BVV im Fraktionszimmer, Bezirksamt Fröbelstraße 17, Haus 7, Raum 109 | 30. März 16 Uhr
Fraktionssitzung der Linksfraktion in der BVV im Fraktionszimmer, Bezirksamt Fröbelstraße 17, Haus 7, Raum 109 |
| | 09. März 18 Uhr
Basistag der Linksfraktion in der Bezirksverordnetenversammlung Pankow, Geschäftsstelle DIE LINKE Pankow, Kopenhagener Straße 76, Nähe S & U Schönhauser Allee | |

Impressum

Herausgeber: DIE LINKE.
Bezirksvorstand Berlin Pankow

Kopenhagener Straße 76 in 10437 Berlin
Fon 44 01 77 80 – Fax 44 01 77 81

www.die-linke-pankow.de
eMail: redaktion@die-linke-pankow.de

V.i.S.d.P.: Sören Benn

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 21. Januar 2009
Druck: double express Auflage: 8.500

Die nächste Ausgabe der extraDrei erscheint am 13. März 2009

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Kürzungen und stilistische Überarbeitungen von Zuschriften sind vorbehalten. Auch unverlangt eingesandte Berichte, Meinungen, Fotos usw. werden sorgfältig behandelt.

Das Blatt wird durch Spenden finanziert. Spenden können eingezahlt werden direkt in der Geschäftsstelle bzw. in einem der Kiezbüros oder auf folgendes Konto: 43 84 81 68 00 bei der Berliner Bank, BLZ 100 200 00, Verwendungszweck: 810-505.

Diese Spende ist steuerlich absetzbar. Damit wir entsprechende Bescheinigungen für das Finanzamt ausstellen können, benötigen wir Name und Anschrift des Spenders / der Spenderin.

Titelfoto: „Kulturbrauerei“ Ossietzkystraße, Andreas Bossmann